

Brauereiarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbands deutscher Brauereiarbeiter u. verw. Berufsgenossen.

Erscheint wöchentlich Freitags. Redaktionschluss Dienstag früh 8 Uhr.
Druck von Reister & Co., Hannover.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Fr. Krieg, Hannover.
Redaktion und Expedition: Hannover, Münzstraße 5, III.

Bezugspreis: 2,10 M. pro Quartal, unter Kreuzband 2,70 M.
Einzeln: die sechsspaltige Kolonetzelle 20 S., für Mitzgl. 30 S.

Nr. 10.

Hannover, 8. März 1907.

17. Jahrg.

Reichsetat und Etatdebatten.

Der Reichsetat für das Jahr 1907 schließt in Einnahme und Ausgabe mit rund 2300 Millionen Mark ab. Um ihn balanzieren zu können, sind 63 Millionen Mark ungedeckter Matrifularbeiträge eingestellt worden und 265 Millionen Mark müssen im Wege der Anleihe aufgebracht werden. Man kann nicht sagen, daß das ein erfreuliches Bild sei, zumal wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Reichsschulden den Betrag von beinahe 4000 Millionen Mark erreicht haben und die unteren und mittleren Beamten des Reiches zum großen Teil mit ganz ungenügenden Gehältern abgefunden werden. Die regelmäßigen Einnahmen des Reiches gehen fast ganz für die Zwecke des Militär- und Marinewesens auf; sowohl der Heeres- als der Marineetat haben auch in diesem Jahre wieder ganz außerordentlich viel höhere Forderungen aufzuweisen, obschon bekanntlich diese Ausgaben durch das Flottengesetz und durch das Quinquennat, d. h. durch die Vereinbarung des Heeresetats auf 5 Jahre zwischen Regierung und Reichstag, festgelegt sein sollten. Die Ausgaben des Reiches würden in noch erhöhtem Maße seine Einnahmen überschreiten, wenn die Regierung nicht schon seit einigen Jahren die Ausgaben bei der Invalidenversicherung zu Ungunsten der Arbeiter in einem geradezu empfindlichen Maße herabgesetzt hätte. Hierdurch kennzeichnet sich die Lage sehr deutlich: die Ausgaben für den Militarismus, für die Flotte, für die Kolonien und für die höchsten Beamten und Offiziere erscheint der Regierung sowohl wie den bürgerlichen Mehrheitsparteien so vordringlich, daß die Arbeiter — ebenso wie die unteren Beamten — auch dort, wo sie gesetzlichen Anspruch erheben können, das Nachsehen haben.

Von den lehrreichen Zahlen des Etats und nun gar von einer Kritik dieser Zahlen war leider in den langen und zum Teil scharfen Auseinandersetzungen bei der Etatdebatte im Reichstag so gut wie gar nicht die Rede. Die Regierung und die Parteien hatten vielmehr zunächst das Bedürfnis, sich nach den Reichstagswahlen über die Lage auszusprechen. Man kann nicht behaupten, daß bei diesen Erörterungen viel neues zutage gefördert worden sei. Wie liegen die Dinge jetzt? Durch die Ausgabe einer trügerischen Wahlparole und durch bisher in Deutschland unbekannt offizielle Wahlmachungen ist es der Regierung gelungen, den Parteien, die ihr am 13. Dezember, dem Tage der Auflösung des früheren Reichstags, zur Seite standen, eine schwache Mehrheit zu verschaffen. Zwar ist das Zentrum in alter Stärke in den Reichstag zurückgekehrt, aber die Sozialdemokratie hat eine empfindliche Einbuße an Mandaten zu verzeichnen, die wesentlich den reaktionären Parteien zugute gekommen ist. Stolz, wie der Hahn auf dem Mist, kräht der Reichskanzler Fürst von Bülow seinen Sieg aus, brüstet sich mit der „nationalen Mehrheit“, die am 25. Januar zusammengebracht worden ist. Über diese Mehrheit ist innerlich ganz haltlos, zusammenherglos. Mag sie bei Forderungen für das Militär, für die Flotte, für die Kolonien mit Hurra ihr Ja abgeben, in zahllosen anderen Fällen wird sie wie Zunder auseinanderreißen. Das haben nicht nur die Gegner der Regierung und des Gottentotensbols, nein, das haben sogar seine eigenen Anhänger zugeben müssen. Man hat wohl sie und da geglaubt, nach den Wahlen würde Fürst Bülow zu seiner alten Liebe zurückkehren und Arm in Arm mit dem Zentrum das Jahrhundert von neuem in die Schranken fordern; daran ist aber nicht zu denken. Mit ungewöhnlicher Schärfe haben die Führer des Zentrums ausgeprochen, daß zwischen ihnen und dem Fürsten Bülow kein Zusammenarbeiten wieder möglich sein werde. Vorsichtig, gleichsam tastend, hatte der diplomatische Herr Spahn den Reichskanzler herausgelockt; und als dieser mit den alten, zum größten Teile unwahren Behauptungen gegen das Zentrum wieder angerückt kam, da ließen ihm die Gröber und die Schädler eine Antwort zuteil werden, der die Deutlichkeit gewiß nicht mangelte. Nun gibt es für den Kanzler, wenn er überhaupt noch lange im Amte bleibt, nur die Möglichkeit, für die Fortführung seiner Geschäfte eine Mehrheit gegen das Zentrum und selbstverständlich auch gegen die Sozialdemokratie zustande zu bringen. Den Hauptteil dieser Mehrheit bilden die Parteien der Rechten; also liegt es auf der Hand, daß die Regierung noch über ihre Neigung hinaus den Wünschen der Reaktionen entgegenkommen muß. Im Wahlkampf und auch noch nachher haben die Liberalen aller Schattierungen, die in ihrem kindlichen Uebereifer schon Morgenluft witterten, mit den schönsten Tönen den Anbruch einer „neuen Ära“ angekündigt: auf diese liberale Ära werden wir lange warten können! In allgemein politischen Fragen, besonders aber auch in wirtschaftspolitischen Fragen, ist die Reaktion bei uns stärker noch als je zuvor triumphiert.

Ein besonderes Kapitel dieser ersten Verhandlungen des neuen Reichstages war die Auseinandersetzung zwischen dem Kanzler und der Sozialdemokratie. Sie nahm den breitesten Raum in den Debatten ein und rief die Kämpen von hinten und drüben immer von neuem auf den Plan. Der Reichskanzler hat die Sozialdemokratie „besiegt“, auf deutsch: infolge der schamlosen Hege des Reichstagenverbandes, infolge der Aufweichung nationalistischer Instanzen im Spielbürger-

tum, infolge der Anstrengungen des offiziellen Apparates ist es in der Tat gelungen, der Sozialdemokratie starke Mandatsverluste zuzufügen. Aber in ihrem Siegesrausch sehen weder die Regierung noch die bürgerlichen Parteien, daß die „besiegte“ Partei einen erheblichen Stimmenzuwachs erzielt hat und noch immer mit mehr als einer Million Stimmen Vorsprung an der Spitze sämtlicher deutschen politischen Parteien marschiert. Die Arbeiterpartei, die mit der sozialdemokratischen Partei auf das innigste aus äußeren und inneren Ursachen zusammenhängt, hat nicht die geringste Ursache, sich durch den Ausfall der letzten Wahlen kopfschütteln zu lassen. Das war auch das Leitmotiv der weit-schauenden, abgeklärten Rede, die der Abgeordnete Bebel im Reichstage zwar, aber für das ganze Volk hielt. Klar und deutlich sagte er auseinander, daß die Partei nach wie vor mit eiserner Entschlossenheit an ihren alten Forderungen festhält und mit größerer Schärfe noch als zuvor die Interessen der werktätigen Bevölkerung zu vertreten entschlossen ist. Bebel räumte auf mit der listigen Lüge, die im Wahlkampf eine so große Rolle gespielt hat, die Sozialdemokratie sei eine lediglich negierende Partei, die noch nichts für das Wohl der Arbeiter Deutschlands getan und erreicht habe. Das gerade Gegenteil ist der Fall. Unsere ganze Tätigkeit im Reichstage, so sagte er, in den Landtagen, in den Gemeinden, kurz überall, wo unsere Vertreter zu Worte kommen, ist darauf gerichtet, die bestehenden Zustände in dem Sinne zu ändern, daß sie besser, vernünftiger, gerechter, kulturell höher werden. Und nicht wegen der Bestrebungen, die auf unser Endziel abzielen, haben wir die gehässigste Verfolgung zu ertragen gehabt, sondern die Furcht vor der reformierenden, organisierenden Kulturarbeit der Sozialdemokratie ist es gewesen, die die feindselige Stellung der Gesetzgebungsorganen und der Regierenden gegen uns hervorgerufen hat. Das sind Sätze, die sich aus der politischen und parlamentarischen Geschichte des Deutschen Reiches mit Hunderten von Beispielen belegen lassen. Freilich nicht alles, was sie erstrebte, konnte die Sozialdemokratie erreichen; mit Recht wies Bebel darauf hin, daß alles parlamentarische Leben auf Kompromissen beruhe, das heißt, daß jede Partei von den Forderungen ihres Programms im gegebenen Falle nachlassen muß, damit überhaupt etwas zustande komme. Aber diesen logisch begründeten Kompromissen, die keineswegs ein Aufgeben oder auch nur ein Abschwächen der prinzipiellen Forderungen bedeuten, hat sich die Sozialdemokratie niemals ablehnend gegenübergestellt; und darum bedeutete es nur eine Verkräftigung lange geübter Taktik, wenn Bebel aussprach: „Wenn Sie uns mit vernünftigen Reformen kommen, finden Sie allzeit unsere Unterstützung. Das kann ich Ihnen schon Leute sagen. Das haben wir auch früher getan.“

Indessen — an durchgreifende Reformen im heutigen Deutschen Reich zu glauben, ist fast unmöglich, wenn man sieht, von welchem Geist der einzig verantwortliche Reichsbeamte, der Kanzler, getragen ist. Keine Spur von Anerkennung für die kulturfördernde Tätigkeit der Sozialdemokratie bei ihm, ja nicht einmal die Erkenntnis, daß mit der Ausbreitung des Kapitalismus notwendigerweise eine selbständige Arbeiterpartei entstehen mußte und daß diese selbständige Arbeiterpartei ebenso notwendigerweise die Ziele der Demokratie und des Sozialismus zu verfolgen hatte. Für das platte Hirn des mecklenburgischen Junkers, der durch die Gnade eines Monarchen, wie Wilhelm II., an seine Stelle gebracht worden ist, bedeutet die Sozialdemokratie nichts anderes, als eine Pöbelrevolte, die man mit allen Mitteln niederzuschlagen sollte. Der Säbel des Schuchmannes, das sprach dieser Mann deutlich aus, ist sein Ideal. Der Säbel des Schuchmannes löst alle sozialen Fragen, entscheidet alle politischen Kämpfe!

Gesichtlich suchen die „Sieger“ vom 25. Januar die Meinung zu verbreiten, als habe sich nach dem Ausfall der Wahl vieles bei uns in Deutschland geändert. Aber ist das wirklich so? Leben wir nicht nach wie vor unter einem beispiellosen Brot- und Fleischwucher? Unter unsagbar traurigen Wohnungsverhältnissen? Unter den Schäden der Klassenjustiz? Unter polizeilicher Herrschaft? Bedroht nicht überstiegener Militarismus und phantastische Weltpolitik nach wie vor den Frieden? Gibt es für die Proletarier die Möglichkeit eines organischen Aufstieges in der Gesellschaft, entsprechend ihren Fähigkeiten und ihrem guten Willen? Erfreuen wir uns auch nur der primitivsten Rechtsgleichheit und Rechtssicherheit? Nein und tausendmal nein! Alle die schweren Schäden unseres öffentlichen Lebens, die wir so oft beklagt haben, bestehen weiter; Reformen sind dringender als je zuvor nötig, aber sie können nicht mit der hegegestollen Reichstagsmehrheit von heute durchgeführt werden, sondern nur das Werk einer besseren Zukunft sein. Diese Zukunft heraufzuführen ist unsere Pflicht; darum müssen wir, jeder an seinem Platz, alles aufbieten, um Verständnis für die großen Probleme des modernen Lebens in allen Kreisen der Bevölkerung zu wecken; darum müssen wir unsere Organi-

fation in einem viel stärkeren Maße als bisher aufbauen. Gilt das für die politische Bewegung, so in demselben Maße auch für die gewerkschaftliche Bewegung. Gerade sie wird zeigen, daß der Jubel der Gegner verkräftigt ist, daß sie nicht kampfesüde ihre Fahnen sinken läßt, sondern aus den Ereignissen der letzten Zeit den Entschluß und die Kraft zu neuer Arbeit, neuem Erfolge zu schöpfen weiß.

Arbeiterversicherung und deren Schiedsgerichte.

Wenn man sich über die Arbeiterversicherungsgesetze aufhalten will, so kann man ganze Hände schreiben. So ist es ein großer Mißstand, wenn Arbeitgeber, wie es meist vorkommt, die Unfallrenten zu ihren Gunsten aufrechnen. Zum Beispiel es bezieht ein Arbeiter Unfallrente, so wird er vom Arbeitgeber genau gefragt, was er an Rente bezieht, und dann wird auf den Pfennig ausgerechnet, was noch an Lohn darauf zu zahlen ist. So ist es schon vorgekommen, daß verunglückte Brauereiarbeiter zu ihren Schmerzen an Lohn und Renten noch weniger erhielten als vor dem Unfall. Solche Sachen tragen dann dazu bei, daß, wenn die Berufsgenossenschaft abzieht, der Rentempfänger keine Berufung einlegt und sich sagt, es wird mir im Betrieb doch abgezogen. Es ist aber falsch, wenn ein Unfallverletzter, der noch nicht ganz erwerbsfähig ist, die Rente fallen läßt, und so eben einfach auf die Humanität seiner Arbeitgeber angewiesen ist, denn wenn der Verletzte keine Rente mehr erhält, so muß ihm der Arbeitgeber auch wieder den vollen Lohn geben, und wenn dann der Verletzte die volle Arbeit nicht leisten kann, so wird es zu Entlassung oder Lohnabzug führen, wofür Beweis in vielen Fällen erbracht ist.

Auf der anderen Seite gibt es auch wieder humane Arbeitgeber, die es mit den Unfallgroßen nicht so genau nehmen und dem Verletzten den vollen Lohn auszahlen. Wenn aber Unternehmer glauben, weil sie den Beitrag zur Unfallversicherung allein bezahlen, wüßten sie auch die Renten für sich zunutze machen, so ist diese Auffassung eine irrige, denn der Beitrag, den der Arbeitgeber leistet, hat der Verletzte längst abverdient. Alles das Angeführte trifft in der Hauptsache bei uns Brauereiarbeitern zu, und es ist sehr wünschenswert, Vorträge über solche Thematika in den Zählstellen halten zu lassen.

Was die Schiedsgerichte anbelangt, so lassen sie oft in ihrer Zusammenfügung sehr viel zu wünschen übrig. Es kommt vor, daß den vertrauensärztlichen Gutachten viel zu viel Gehör geschenkt wird, ohne daß oft der Verletzte richtig untersucht war. Deshalb ist es nötig, daß der Verletzte stets persönlich bei der Verhandlung anwesend ist, auch wenn sein Erscheinen nicht angeordnet war, damit er sich verteidigen und evtl. von dem anwesenden Arzte noch einmal untersucht werden kann, was oft ein ganz anderes Bild zugunsten des Verletzten gibt.

Auch wird mit der Anfertigung von Berufungsschriften großer Anflug getrieben, es werden diese zum großen Teil auch recht teuer bezahlt. Den Rentenklägern diene es zur Warnung, daß sie bei sogenannten Winkeladvokaten keine Berufungsschriften aufertigen lassen, denn da wird man meistens übers Ohr gehauen. In Städten, wo Arbeitersekretariate sind, wird man diese in Anspruch nehmen, sonst gibt es aber immer Kollegen, die solche Schriften aufertigen können. Als Schiedsgerichts-Berichter kann man die Erfahrung machen, daß bis zu 2 Mark für solche Schriften bezahlt werden. Bekanntlich werden solche Kosten nicht ersetzt selbst wenn der Rentenkläger mit seiner Berufung obsiegt, es werden nur Zehgeld und Fahrgehd gewährt.

Es kommt auch oft vor, daß die Berufung nicht rechtzeitig eingelegt wird, solche Fälle werden natürlich immer abgewiesen. Die Berufungsschrift beträgt 4 Wochen, resp. 1 Monat; vor Ablauf dieser Frist müssen die Berufungsschriften in Händen des Schiedsgerichtsvorsitzenden sein.

Vor allen Dingen ist es aber nötig, daß jeder Vorfall, mag er noch so geringfügiger Natur sein, wie er will, gemeldet wird, denn verspätete Anmeldungen sind oft mit Umständen verknüpft, ebenfalls sind stets Zeugen notwendig, die den Vorfall gesehen oder auch erst Mitteilung davon erhalten haben.

Bei der Alters- und Invalidenversicherung ist die Sache etwas anders, denn jeder ist zu bedauern, der die Versicherung in Anspruch nehmen muß. Invalide im Sinne des Gesetzes ist bekanntlich nur derjenige, der ein Drittel des Normalarbeitsverdienstes nicht mehr verdient; sowie er etwas mehr verdient, wird die Rente wieder entzogen. Also zweidrittel erwerbsunfähig muß man sein, um die Invalidenrente zu erhalten und die beträgt für einen Brauereiarbeiter 15—20 Mk. pro Monat. Ganz ausgeschlossen ist daher, als Invalide in der Brauerei zu arbeiten, denn da werden oft 1/2 Arbeitskräfte verlangt, nicht bloß 1/2. Auch hier müssen die Schiedsgerichte viel in Anspruch genommen werden, um die Rente zu erhalten. Da es sich bei Invaliden mehr um innerliche Leiden handelt, so muß hier mehr auf ärztliche Gutachten gehalten werden. Oft muß aber auch über solche Gutachten hinausgegangen werden, denn

Beiträgen gingen ein 2256,80 Mark. Aufnahmen fanden 67 statt. An Unterstützung wurden ausbezahlt insgesamt 177 Mk., an die Hauptkasse abgehandelt 1783,08 Mk. Am 1. Januar 1906 trat der Lohnzettel für Wäding auch in der Unionbrauerei Groß-Gerau in Kraft und hatten wir das ganze Jahr mit falschen Ansetzungen zu tun, mußten uns wiederholt persönlich und schriftlich an den Syndikus der Brauerei wenden, auch wiederholt bei Herrn Magdon selbst vorstellig werden, um eine korrekte Ansetzung des Tarifs zu erzielen. Mit der Brauerei Bauer, Oberstadt, wurde auch ein Tarif abgeschlossen, der für alle dort beschäftigten 10 Mann Verbesserungen brachte. Auch in 6 anderen Brauereien ist das Eintreten der Ortsverwaltung nötig gewesen. Der Vorsitzende sprach sein Bedauern darüber aus, daß es noch vorkommt, daß die Verbandskollegen in einigen Geschäften sich selbst untereinander bekämpfen und daß es bis jetzt nicht möglich war, in allen Brauereien Tarife abzuschließen. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt. Unter „Verschiedenes“ wurde mitgeteilt, daß sich der Vorstand des hiesigen Gewerkschafts-Kartells an die Leitung des hiesigen Theaters wandte, um Ueberlassung desselben zu Volksvorstellungen zu billigen Einheitspreisen und werden wir unseren Mitgliedern hierüber näheren Bescheid zukommen lassen.

Düsseldorf. Unsere Versammlung am 3. Februar ehrte zu nächst das Andenken unseres verstorbenen Hauptvorsitzenden Kollegen Georg Bauer in gebührender Weise. Da an eine Kündigung des alten Tarifs aus bekannten Gründen nicht gedacht werden konnte, soll nunmehr von unserer Seite auf strikte Einhaltung desselben gesehen werden und wurden zu diesem Zwecke Fragebogen an die Vertrauensleute ausgegeben. Sodann referierte Kollege Piel über Zweck und Nutzen unserer Organisation, indem er so recht die bestehende Beschäftigung und deren Folgen vorführte. Nicht Unaufrichtigkeit, sondern Bangigkeit, Postenjägerei und Trüding um die Beitragszahlung hält die Düsseldorfer Brauerarbeiter von der Organisation fern. Kollege Reichmann suchte neulich in einer Geschäftsbesprechung die christlichen Organisationen mit Vassalischen Arbeitervereinen unter eine Haube zu bringen. So „revolutionär“ sind schon die Christlichen, daß sie sich mit antichristlichen Federn schmücken. Uns scheinen solche Praktiken am besten geeignet, die Arbeiter einschließend des Kollegen Reichmann auf die richtige Bahn zu lenken, was in ihrem Interesse sehr zu wünschen wäre.

Krankehausen. Am 3. Februar fand unsere Generalversammlung statt. Nachdem die Anwesenden sich zur Ehrung unseres verstorbenen Verbandsvorsitzenden Georg Bauer von den Sigen erhoben, erstattete Kollege Lug die Quartals- und Jahresabrechnung, sowie den Jahresbericht. Die Einnahme des verfloffenen Jahres betrug 453 Mark, die Ausgabe 193,93 Mark, an die Hauptkasse wurden abgehandelt 269,07 Mark. Auf Sammellisten wurden abgeschickt 13,70 Mark. Versammlungen fanden statt 18, 5 Kartell- und 3 Vorstandssitzungen und 6 Volksvorstellungen. Das Vorfälligwerden machte sich in 18 Fällen nötig. Postsendungen gingen ab 94, ein 82. Dann folgte Bericht über den Streik der Brauerei Wille. Der Kampf war ein zündender und fiel zugunsten der Arbeiter aus. Die Vorstands-, sowie Lokalwohl brachte keine Veränderung. Unter „Verschiedenes“ entpand sich eine lebhafteste Debatte. Obwohl unser Kampf geistig hat, wie notwendig eine starke und einige Organisation am Orte ist, um unsere Rechte zu wahren, scheint dies wärmer nicht zu begreifen. Das beweist erstens das schlechte Besuchen der Versammlung und zweitens ist stets das Persönliche am Plage. In dieser Versammlung war es Kollege Schmidt, welcher über die Vorstandsmitglieder herfiel. Gerade Kollege Schmidt hat es nicht nötig, jemand etwas vorzuerwerfen. Daß er leider noch nicht in die Aktienbrauerei übergesiedelt ist, dafür können wir nicht, trotzdem unser Gauleiter fortan mit der Direktion unterhandelt. Hoffentlich unterbleiben diese persönlichen Angriffe.

Salle. Die Versammlung am 3. Februar ehrte eingangs das Andenken des verstorbenen Verbandsvorsitzenden Kollegen Bauer durch Erheben von den Sigen. Beschlossen wurde, die Vertrauensleute zu den Vorstandssitzungen nur zu laden, wenn triftige Gründe vorliegen. Klagen wurden wieder laut über die „Nien- und Freiberger Brauerei“, daß die Vereinbarung betr. Krankenunterstützung nicht eingehalten wird und man weniger zahlt, als vereinbart ist. Auch bei der Sonntagsdujour handelt sie nicht nach dem Tarif; so gibt es auf der Aktienbrauerei „halbe Dujour“ und bei Herrn Freiberger wird Dujour mit Sündenbrot bezahlt. Es liegt dies nur an den Arbeitskollegen selbst, hauptsächlich an den Indifferenzen. Der Vorsitzende erwähnte noch die Reichstagswahl und forderte die Kollegen auf, die bürgerlichen Zeitungen zu meiden und dem Populärverein beizutreten.

Rassel. Am 24. Februar fand unsere gut besuchte Generalversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken unseres Hauptvorsitzenden Kolll. Bauer und des Kollegen Zeng in üblicher Weise. Dem Jahresbericht, der vom Kollegen Zenz gegeben wurde, ist zu entnehmen, daß der Versammlungsbetrag nach der Lohnbewegung ein sehr stauer war. Sitzungen wurden im Laufe des Jahres 30 abgehalten, und zwar 16 Vorstandssitzungen, 7 Sitzungen der Tarif- und 7 Sitzungen der Lohnkommission. Die Gesamteinnahmen betragen 6078,80 Mk., die Ausgaben 1586,38 Mk. An die Hauptkasse wurden 4492,42 Mk. abgeliefert. Der Mitgliederbestand war am Schlusse des Jahres 1906 286, am Schlusse des abgelaufenen Jahres 350, so daß der erfreuliche Zuwachs von 64 Mitgliedern zu verzeichnen ist. Der Agitationskommission wurde für die rege Tätigkeit, die sie im abgelaufenen Jahre entfaltete, in dem sie viele indifferente Kollegen der Organisation zuführte, Anerkennung gezollt. Der Vorstand wurde zum größten Teil wiedergewählt.

Von Seiten der vereinigten Betriebsausschüsse wurde laut Berichterstatter ihres Vorsitzenden das Hauptaugenmerk auf die Wierfahrerfrage gerichtet. Die Wierfahrer am Orte sind leider gezwungen, des Sonntags bis mittags 1 Uhr zu arbeiten. Die Brauereivereinigung hat uns wiederholt erklärt, daß die Schuld nicht an ihr, sondern nur an den Wirten liege. Es wurde deshalb ein Antrag angenommen, dahingehend, eine Statistik aufzustellen, in welcher alle diejenigen Wirte, welche fortgesetzt Sonntags und Wochentags nach Feierabend Bier bestellen, aufzuführen sind. Diesen Wirten wird dann von der Arbeiterchaft die gebührende Beachtung nicht versagt werden.

Zum Schluß erwähnte der anwesende Gauleiter Kollege Franz die Kollegen, sich in Hinsicht auf die schlechte wirtschaftliche Lage immer mehr zusammenzuschließen, die Organisation immer mehr auszubauen, hauptsächlich aber recht einig untereinander zu sein.

Wien. Sonntag, den 17. Februar, fand unsere Mitglieder-versammlung statt. Vor Eintritt der Tagesordnung wurde das Andenken des Kollegen Bauer in üblicher Weise geehrt. Herr Hudat hielt einen Vortrag über Wichtiges der Verklärung der Arbeitszeit. Er führte u. a. an, daß schon in früheren Zeiten die Arbeiter bemüht waren, ihre Lage zu verbessern, bezw. die Arbeitszeit zu verkürzen und bis auf den heutigen Tag Kämpfe über Kämpfe stattfinden, die Arbeitszeit auf ein bestimmtes Maß herabzusetzen. Die lange Arbeitszeit und die wirtschaftlich bedrückte Lage der Arbeiter hat zur Folge, daß dem im besten Mannesalter stehenden Arbeiter zu seinem Schanden und zum Schanden der Familienangehörigen die Kräfte dahinschwanden. Die Arbeitgeber sind der Auffassung, daß, wenn die Arbeitszeit eine kurze, den Arbeitern Gelegenheit gegeben ist, über ihr trauriges Schicksal nachdenken zu können und zu der Anschauung kommen, daß nicht die Arbeitgeber die Arbeiter ernähren, sondern gerade das Gegenteil der Fall sei, daher muß der Arbeiter solange wie möglich ins Joch der Arbeit gespannt werden, damit ihm keine Zeit bleibt, sich als Mensch zu fühlen und denken. Zum Schluß forderte er die Anwesenden auf, nicht eher zu ruhen, bis in Köln der letzte Mann organisiert ist, denn nur wo die Organisation groß und stark sei, könne nur eine Verbesserung unserer Lage erkämpft werden.

Unter „Verschiedenes“ wurde Frage geführt über die Behandlungsweise in verschiedenen Brauereien seitens der Vorgesetzten und wurde beschlossen, in nächster Zeit weitere Schritte in dieser Sache zu tun. Zur Sprache kam die Unionbrauerei Bünde, welche zwar ihr Bier gerne an die organisierte Arbeiterchaft absetzt, aber keine versicherten Arbeiter einstellen will. Sollte die Brauerei nicht dazu

übergehen, auch Organisierte zu beschäftigen, so könnte es vorkommen, daß auch das Bier der Arbeiterchaft nicht mehr so gut schmeckt. Mit der Ermahnung, sich fest an der Hausagitation zu beteiligen, schloß die gutbesuchte Versammlung.

Kaufbeuren. Unsere Versammlung am 10. Februar war gut besucht, mit Ausnahme der Bienenbrauerei, von welcher leider nur ein Mann erschienen war. Eingangs ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Hauptvorsitzenden Kollegen Bauer durch Erheben von den Sigen. Ueber das Thema: „Warum wählen wir uns organisieren und in welcher Organisation finden wir unsere beste Interessensvertretung“ sprach der Kollege Holzjurtner, der den Kollegen den Aufschwung des Verbandes und seine Erfolge in der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse vor Augen führte und sie aufforderte, weiter zu arbeiten auf dieser Bahn, dann werden wir auch hier mit der Zeit den Zeitverhältnissen entsprechende Verbesserungen schaffen können. An der Diskussion beteiligten sich auch einige Kartellbelegierte, die neben der gewerkschaftlichen auch zur politischen Organisation aufforderten.

Krotoschin (Polen). Endlich haben die hiesigen Kollegen auch eingesehen, daß die traurige Lage ohne den Verband nicht gebessert werden kann. Durch die Agitation des Gauvorstandes ist es gelungen, nach und nach die meisten Kollegen dem Brauerarbeiter-Verband zuzuführen. Durch Denunziation, die möglicherweise von der Brauereileitung ausging, wurde eine Geschäftsbesprechung polizeilicherseits aufgelöst. Am 3. März fand eine überfüllte Brauerarbeiterversammlung statt. Ein Breslauer Kollege legte den Kollegen die Vorteile des Verbandes dar. Er betonte, daß alles teurer geworden, die Löhne nicht mehr ausreichen, um eine Familie anständig zu ernähren. Die Arbeitszeit ist zu lang. Auch auf die Sonn- und Feiertagsarbeit, die in keinem anderen Beruf mehr so ausgebeht ist, kam der Kollege zu sprechen. Die Verhältnisse können nur durch die Organisation gebessert werden, was der Kollege mit Beispielen bewies. — Eine Anzahl Kollegen ließen sich aufnehmen, so daß nunmehr fast alle dem Brauerarbeiterverband angehören. Die Kollegen zeigen sich tapfer. Die Erfolge ihrer Einmütigkeit und Verbandsstreue werden sich auch bald zeigen. Die Kollegen werden am längsten unter den bestehenden unzureichenden Verhältnissen gearbeitet haben. Die Brauerei läßt sich ihr Bier gut bezahlen; die Kollegen wollen und müssen mehr Lohn erhalten. Fest zusammengehalten ihr Krotoschiner Kollegen! Die Verbandskollegen in ganz Deutschland stehen euch zur Seite. Nur durch Einigkeit im Verband wird etwas erzielt.

Sandshut. Die Generalversammlung vom 16. Februar war gut besucht. Nach dem Vorstandsbericht fanden im letzten Jahr 12 Versammlungen statt. Der Kassenbericht ergab eine Gesamteinnahme von 1562,05 Mk., Ausgabe 568,28 Mk., an die Hauptkasse wurden 993,77 Mk. abgeliefert. Vorstand und Kassierer wurden entlastet. Nach Erlebigen der Wahlen wurde konstatiert, daß in sämtlichen Brauereien jetzt die Arbeitszeit richtig eingehalten wird, auch bei Fleischmann, seit dem Bericht in der „Brauerarbeiter-Zeitung“. In der Brauerei Sebald sind Differenzen mit den Fuhrleuten ausgebrochen, welche die Organisation regeln wird. Kollege Ebert erwähnte die Kollegen zum festen Zusammenhalt, indem wir heute wieder den Tarif zu behandeln haben, damit auch dieser mit einem guten Resultat durchgeführt wird.

Memmingen. Am 17. Februar fand nach einer längeren Pause eine den hiesigen Verhältnissen entsprechend sehr gut besuchte Versammlung statt. Kollege Holzjurtner aus Augsburg hielt einen Vortrag, welcher von den Anwesenden mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt wurde. Kartellvorsitzender Vink verwies auf die Erfolge der freien Gewerkschaften bei der Gewerbeprüfungswahl, unterzog das Gebahren der Christlichen einer scharfen Kritik und bedauerte, daß die Brauerarbeiter noch immer dem Gewerkschaftskartell fern stehen. Die Kämpfe, welche die verschiedenen Arbeiterkategorien im vergangenen Jahre mit dem Unternehmertum auszufechten hatten, haben ohne Ausnahme mit Erfolg für die Arbeiter geendet. Mehrere ergrübelte die Kollegen, sich wieder dem Kartell anzuschließen, dieses wird, möglichst bestritt sein, den Brauerarbeitern nach jeder Richtung hin hilflos unter die Arme zu greifen. Es wurde ferner hervorgehoben, daß es Berufs Kollegen wegen Maßregelung unmöglich gemacht ist, einen Vorstandsposten anzunehmen. Der Antrag, die hiesige Memmingen auszulösen, wurde einstimmig angenommen und entschied sich die große Mehrheit für Angliederung an die hiesige Union. Einstimmig beschlossen wurde, daß die Brauerarbeiter wieder dem Gewerkschaftskartell beitreten. Ein Kollege von den Vorstandsmitgliedern des Krankenunterstützungsvereins bedauerte, von einigen Kollegen in der Versammlung als logen. Bauer angezogen zu werden; er versicherte, daß die größte Mehrheit der Mitglieder des Krankenunterstützungsvereins es mit Freunden begrüßt, wenn der Verband wieder Fortschritte macht. Wenn die Stimmung für die Organisation, wie sie sich in der heutigen Versammlung bemerkbar macht, auch fernerhin bei den Kollegen anfällt, dann gebe er heute schon das Versprechen ab, daß nicht nur er, sondern eine Anzahl Mitglieder des Krankenunterstützungsvereins dem Verbands wieder beitreten würden. — Vor dem „Kollegen“ Gg. Lindner, Kausreißer bei dem Streik in Ottobrunen, wurde gewarnt. Dieser hat dort wegen seiner Unfähigkeit, weil er einen Sud Bier völliig kaputt gemacht hat, den schon längst verdienten Fuhrtritt erhalten. Jetzt ist er hier in der Enghauserei wieder aufgetaucht und beginnt ausnehmend auch wieder das Denunzieren. Wir fragen bei der Vertriebsleitung an, ob diese Kenntnis hat von dem unheilbaren Leiden dieses Mannes. Es ist eine starke Vermutung, mit diesem aus einer Schüssel zu essen. — Nachdem sich fünf Kollegen hatten aufnehmen lassen, sprach Kollege Holzjurtner seine Freude über den schönen Verlauf der Versammlung aus und forderte die Kollegen auf, den Organisationsbestrebungen das nötige Interesse entgegenzubringen und mit dem Gewerkschaftskartell wieder gedehlich zusammenzuarbeiten.

Meß. Unsere am 10. Februar stattgefundene außerordentliche Versammlung ehrte das Andenken unseres verstorbenen Hauptvorsitzenden durch Erheben von den Sigen. Hierauf erläuterte der Vorsitzende den Kollegen, daß gerade hier eine rege Beteiligung an der Versammlung notwendig wäre, da hier in diesem Bezirk noch die schlechtesten Verhältnisse existieren. Immer noch finden die Kollegen an dem Verband wenig Interesse, auch die schon länger Organisierten verlieren sich wieder und denken, es wäre genug, wenn die Vertrauensleute dort wären. Es müßte doch ein jeder organisierte Kollege seine Pflichten wissen, daß man nicht einen jeden immer kurz vor der Versammlung dazu zwingen und auflären müßte, da es gerade hier in unserer Zahlstelle höchst nötig ist, auf die Unorganisierten, welche Zweidrittel betragen, die Hausagitation zu richten. In diesen Betrieben, wo schon einigermaßen bessere Verhältnisse geschaffen sind, da vereinigen sich Fleißhaft mit Reichthum. Anstatt, daß gerade diese Kollegen die Organisation aufrecht erhalten würden, wo sie schon jahrelang vom ersten bis zum letzten organisiert waren und bei den schlechtesten Verhältnissen vom ersten bis zum letzten in den Versammlungen erschienen sind, lassen sie jetzt auch den Wahlspruch gelten, für uns ist gefordert, und erscheinen vom ganzen Betrieb höchstens 4 bis 5 Mann. Unter solchen traurigen Verhältnissen ist natürlich an keinen Aufschwung zu denken. Also, Kollegen von Meß und Umgebung, wachet auf, denn jetzt ist es noch Zeit, daß ihr andere Wege einschlagt; aufgewacht von dem Winterdraf, herunter mit der Schlafmütze und erhebt alle vollständig in den Versammlungen.

Mühlheim a. d. Ruhr. Am 10. Februar fand unsere Generalversammlung statt. Das Andenken des verstorbenen Hauptvorsitzenden Kollegen Bauer wurde geehrt, indem sich die Anwesenden von den Sigen erhoben. Zwei Aufnahmen, zwei Umschreibungen waren zu verzeichnen. Für den abgereiften Kassierer gab der Vorsitzende die Abrechnung vom 4. Quartal bekannt und erstattete darauf den Jahresbericht, worauf die Vorstandswahl erfolgte. Die Führung der Kassenbücher wurde dem Vorsitzenden bis auf weiteres übertragen. Unverstanden waren die Kollegen mit den feinerzeit aus der Lokalkasse an den Wahlfonds bewilligten 10 Mk.

Neubrandenburg. Unsere Generalversammlung fand am 14. Februar statt. Der Vorsitzende gedachte zuerst des verstorbenen Hauptvorsitzenden Kollegen Bauer. Ihm zu Ehren erhoben sich die Kollegen von den Sigen. Die Abrechnung vom 4. Quartal

wurde für richtig befunden und dem Kassierer Entlastung erteilt. Es wurde noch darauf hingewiesen, daß die Kollegen mehr die Versammlungen besuchen sollen. Weiblichen beschwerten sich die Kollegen sehr über die ungerechten Bedenken der Braumeister; es wurde beschlossen, daraufhin vorstellig zu werden, ebenso, wie doch festgesetzt ist, daß die Sonntagsarbeit um 10 Uhr beendet sein soll, dessen ungeachtet sie aber doch immer bis 11 oder 12 Uhr dauert.

Paffau. Die „Bischöfliche Administration Haidberg bei Paffau“ sendet uns auf den Bericht in Nr. 8 der „Brauerarbeiterzeitung“ folgende Berichtigung: „Es ist unrichtig, daß um fünf Arbeiter zu wenig hier beschäftigt werden. Eine Vorchrift, daß die Arbeit nicht vor 5 1/2 Uhr früh beginnen darf, ist uns für erwachsene Arbeiter nicht bekannt. Jugendliche Arbeiter werden nicht beschäftigt. Wenn die Arbeit aus technischen Gründen früher beginnen muß, so wird doch die zehnstündige Arbeitszeit eingehalten. Der Oberburche ist zu Kürzung der Pausen nicht berechtigt.“

Die Angaben über die Lohnhöhe treffen nur ausnahmsweise und vorübergehend bezüglich der unteren Breiten zu. Die durchschnittlichen Löhne sind höher, als aus Ihren Angaben gefolgert werden muß, und bewegen sich in der hier üblichen Höhe.

Der erwähnte Brauer von Waldbirgen war vor dem Eintritt, der auf Veranlassung eines ihm bekannten hiesigen Burche erfolgte, damit dieser Kündigungsfrei austreten konnte, bereits drei Monate stellenlos. Von einer Verschlechterung kann deshalb selbst bei der vorübergehenden Lohnhöhe der Probezeit nicht die Rede sein. Uebrigens hätte dieser Brauer in Waldbirgen nicht den von Ihnen angegebenen Lohn.

Es ist unwar, daß ein Brauer, der 19 Tage hier war, wegen seiner Tätigkeit im Verbands und bei der Reichstagswahl irgendwie bestraft wurde. Wahr ist, daß er nur ausnahmsweise Verwendung fand und auf erfolgte Rüge ohne weiteres weglieb.

Der 18 Jahre hier beschäftigte Arbeiter wurde nicht bloß wegen Gebrechlichkeit, sondern auch wegen anderer Vorkommnisse, welche die Brauerei materiell schwer schädigten und für welche er die Verantwortung trug, nicht aus der Brauerei entlassen, sondern von dem bisher innegehabten Vorberposten auf eine geringere Stelle versetzt. Von dem Fehlen der Fensterhaken hat der betreffende Mann nur einem Mitarbeiter gegenüber, nie aber an zuständiger Stelle Meldung gemacht. Die Befugung der Vorberposten kann nur nach Tüchtigkeit und Befähigung erfolgen.

Es ist unwar, daß in der Pichhütte 300 Zentner Pech lagern. In Wirklichkeit erreichte der Pechvorrat der Brauerei nie den dritten Teil dieses Bestandes und in der Pichhütte selbst wurde niemals Pech eingelagert.

Von den „Millionen“ der „unermesslich reichen“ Domkirche, welche nur in der Phantasie Ihres Berichterstatters existieren, ist kein roter Heller in der Brauerei Haidberg angelegt.

Die Beamten der Brauerei müssen sich das Recht wahren, Verfehlungen zu ahnden.

Hochachtungsvoll
Bischöfliche Administration Haidberg bei Paffau.
Berger.

Zu dieser Berichtigung hätten wir einiges zu sagen, und zwar wollen wir mit dem Schluß anfangen, daß die Beamten der Brauerei sich das Recht wahren müssen, Verfehlungen zu ahnden. Die Administration bestritt nicht, daß der Oberburche die Pausen kürzt und abends länger arbeiten läßt, so daß die Arbeiter häufig an einem Tage um 1 Stunde geschädigt werden, sie erkennt aber an, daß der Oberburche hierzu nicht berechtigt ist. Ist diese Verfehlung des Oberburchen, wie sie gar über nicht sein kann, von den Beamten der Brauerei auch nur einmal zu ahnden versucht worden? Oder haben die Beamten der Brauerei, die andere, recht kleine Verfehlungen sehen, diese großen, sich wohl täglich wiederholenden Verfehlungen nicht gesehen? Gehen die Arbeiter wohl fehl, wenn sie sagen, die Beamten wollen diese Verfehlungen, die ein großes Unrecht an den Arbeitern, aber sehr vorteilhaft für die Brauerei sind, nicht sehen? Und wird in der bischöflichen Brauerei die „Tüchtigkeit und Befähigung“ zum Vorberposten durch solcherart grobe Verfehlungen gegen die Arbeiter erbracht? Das aus der Berichtigung und aus den Umständen zu schließen, ist man berechtigt.

Die Administration bestritt, daß um 5 Arbeiter zu wenig beschäftigt werden. Das ist eine subjektive Auffassung. Haben die ständig angetriebenen Arbeiter nicht ein besseres Urteil darüber als die Administration, die den Oberburchen die Arbeitszeit nach Belieben verlängern läßt? Und spricht das letztere nicht schon unzuweilend dafür, daß Arbeitskräfte zu wenig sind? Und liegen die groben Verfehlungen des Oberburchen, die willkürliche Verlängerung der Arbeitszeit, nicht etwa gar in der Schuld der Administration, weil sie zu wenig Leute einstellt?!

Ueber die grobe Behandlung der Arbeiter von den verschiedenen Seiten weiß die Administration nichts zu berichten, auch über die Lohnhöhe nichts positives, sie meint nur, die durchschnittlichen Löhne sind höher, als nach unseren Angaben gefolgert werden kann. — Das ist recht zweideutig; im übrigen beweisen sich die Löhne „in der hier üblichen Höhe“. Vorausgesetzt, daß dem so ist: sind denn die dort „üblichen“ Löhne, auch aus dem mündlich für die Arbeiter? Darauf kommt es an, und das wird die Administration nicht behaupten wollen.

Der 19 Tage dort beschäftigte Brauer soll nicht wegen Verbands oder Reichstagswahl entlassen, sondern auf erfolgte Rüge weggelassen sein. Na, darüber muß uns schon die Administration gestatten, besonderer Ansicht zu sein, namentlich in Hinsicht auf die Vorkommnisse in der bischöflichen Brauerei in Regensburg. Aber welcherart mag wohl die „Rüge“ gewesen sein?!

Der 18 Jahre dort beschäftigte Arbeiter soll nicht wegen Gebrechlichkeit entlassen, sondern nur an einen anderen Posten gestellt worden sein; jedenfalls war er nicht so „befähigt“ im Eintreiben und Arbeitszeit verlängern wie der Oberburche und andere. Aber wir schreiben von einem dem Arbeiter ausgefallenen Zeugnis, in dem enthalten sein soll: „wegen Gebrechlichkeit entlassen“. Da die Administration hierauf garnicht eingegangen ist, ist die Annahme berechtigt, daß der Arbeiter nach unserer erfolgten Kritik wieder auf einen niederen Posten — eingestellt wurde.

Was die Administration tatsächlich berichtigt, ist sehr unwesentlich, und wird sich hierzu vielleicht unser Gewährsmann noch einmal äußern.

Roskaf. Die Versammlung vom 20. Februar ehrte eingangs das Andenken des Kollegen Bauer durch Erheben von den Sigen. — Die Brauerei Schwark u. Kräger hat unserem Vorsitzenden Kollegen Seiler gegenüber geküffert, als ob ihr Bier schon heimlich boykottiert sei, da nach ihrer Meinung die Roskaf Arbeiterchaft ihr Produkt meidet und eine Einigung nicht erzielt werden konnte. Schließlich hat die Firma noch einen Gegentarif ausgestellt, aber die Löhne waren demnach niedrig, daß sämtliche Kollegen dagegen sprachen. Hier wird Kollege Egel eingetreten müssen, und es muß der Firma plausibel gemacht werden, daß auch sie ihre Arbeiter so bezahlt, daß sie ihre Existenz haben, und somit die Sache zum Schluß kommt. Unter „Verschiedenes“ wurde die Brauerei W a u u: D h l e r i c h einer scharfen Kritik unterzogen, da wir doch unter Humanität etwas anderes verstehen wie der Braumeister. Kürzlich war Kollege H. beim Ausweichen einer Weiche von 150 Zentner. Der Obermälzer zapfte, Kollege H. fuhr an, um Leute zu sparen, war kein Feger da. Mitten bei der Arbeit kommt der Braumeister, da greift der Obermälzer zum Welen. Da fährt der Meister auf H. los: „Weshalb fegen Sie nicht!“ „Ich habe keine Zeit.“ Der Obermälzer schob die Wagen immer los. „Sie haben Zeit, Sie bezahlen Strafe!“ Wer ist denn verantwortlich, unserer Meinung nach der Obermälzer. Schließlich hat der Meister sich doch bedacht und H. hat die Strafe nicht bezahlt. Ein anderer mußte 3 Mark bezahlen, weil er im Senkloch vor dem Malzterne uriniert hatte. Es heißt aber auch, die sollen nicht aus dem Hausen gehen. Daß es gerade recht von den Kollegen war, wollen wir nicht behaupten, aber 3 Mk. ist dem doch ein bißchen viel. Kollege Sch. mußte eine Mark bezahlen.

